

## Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Gemeinderates

Mittwoch, 23.11.2022, 16:00 Uhr

Öffentlich

---

**zu 1 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

**Es gab keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekanntzugeben.**

---

**zu 2 Stellenausschreibung Bürgermeisterwahl 12.03.2023  
Vorlage: 227/2022**

**Beschluss (mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen,  
6 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen):**

Antrag StRätin Zwisler:

Die Uhrzeit für die öffentliche Kandidatenvorstellung am 23.03.2023 wird auf 19 Uhr festgelegt.

**Beschluss (einstimmig beschlossen bei 21 Ja-Stimmen):**

Die Stellenausschreibung für die Bürgermeisterwahl am 12.03.2023 wird wie vorliegend im Staatsanzeiger Baden-Württemberg am 16.12.2022 veröffentlicht.

---

**zu 3 Wieder-/Neuinstallation von Warnsirenen  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.05.2022  
Vorlage: 182/2022/1**

**Beschluss (einstimmig beschlossen bei 21 Ja-Stimmen):**

Für den Haushalt 2023 werden vorbehaltlich der Haushaltsberatung Mittel in Höhe von 230.000 € für die Wieder- bzw. Neuinstallation von Warnsirenen im Sinne des Katastrophenschutzes eingestellt. Dies vorbehaltlich der Gewährung von Fördermitteln durch das Land.

---

**zu 4 Jahresabschluss 2021 der Regionalwerk Bodensee GmbH & Co.KG  
Vorlage: 213/2022/1**

**Beschluss (einstimmig beschlossen bei 21 Ja-Stimmen):**

1. Der Gemeinderat nimmt vom Beteiligungsbericht Kenntnis.
  2. Der Gemeinderat stimmt dem Jahresergebnis 2021 und der Verwendung des Jahresergebnisses zu.
-

- zu 5      **Bebauungsplan "Jahnstraße Nord"**  
- Ergebnis der erneuten Offenlage mit Abwägungsbeschluss gemäß § 4a Abs. 3 BauGB  
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB  
Vorlage: 221/2022/1

**Beschluss (mehrheitlich beschlossen bei 18 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, 2 Mitglieder waren befangen):**

1. Der Gemeinderat der Stadt Tettanang beschließt die von der Verwaltung vorgeschlagene Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen mit Stand vom 09.11.2022.

Aufgrund der vorgebrachten Änderungen entsteht kein erneuter Regelungsbedarf. Eine erneute Beteiligung bzw. Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB ist nicht erforderlich.

2. Der Gemeinderat billigt den auf Grund der Abwägungsentscheidung geänderten Entwurf des Bebauungsplanes „Jahnstraße Nord“ bestehend aus Zeichnerischem Teil, Planungsrechtlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung inkl. Anlagen in der Fassung vom 25.04.2022 bzw. 09.11.2022.
3. Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan „Jahnstraße Nord“ bestehend aus Zeichnerischem Teil, Planungsrechtlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung inkl. Anlagen in der Fassung vom 25.04.2022 gemäß § 10 BauGB als Satzung.

- 
- zu 6      **Struktur Spectrum Kultur**  
Vorlage: 225/2022/1

**Beschluss (mehrheitlich abgelehnt bei 7 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen):**

Antrag StRat Schöpf:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Fachbüro zu suchen und Angebote einzuholen. Mit dem Ziel, die Struktur der Kulturarbeit zu beleuchten und einen konkreten Vorschlag zur Gestaltung der Kulturarbeit zu erarbeiten.

**Beschluss (mehrheitlich beschlossen bei 10 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen):**

Antrag StRat G. Brugger:

Das Kulturangebot wird befristet für 2 Jahre entsprechend Variante 2 fortgeführt.

---

**zu 7 Anpassung der Vereinsförderrichtlinie**  
**- Fördergrundsätze**  
**- Namenssponsoring**  
**Vorlage: 215/2022/1**

**Beschluss (einstimmig beschlossen bei 20 Ja-Stimmen):**

1. § 1 „Fördergrundsätze“ der Vereinsförderrichtlinie bleibt unverändert.
2. § 4 „Zuschüsse zu Betriebs- und Unterhaltungskosten“ wird wie folgt ergänzt:

„Den Vereinen wird neben der Banner-/Banden- und Trikotwerbung die Möglichkeit eines Namenssponsoring für die von ihnen betriebene Sportanlage eingeräumt. Vor Abschluss eines entsprechenden Namenssponsoringvertrages ist die Genehmigung durch den Gemeinderat einzuholen, sofern sich die Sportanlage auf einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Grundstück befindet. Ein Hauptkriterium ist dabei die Ortsansässigkeit bzw. der Ortsbezug des Namensgebers.“

---

**zu 8 Anhörungs- und Vorschlagsrecht des Ortschaftsrats**  
**Vorlage: 212/2022**

**Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.**

---

**zu 9 Bürgerfragestunde**

Satzung Unterwolfertswailer

Der Bürger fragt, wie weit man mit dem Verfahren inzwischen sei.

Wenn alles normal verläuft, dann komme das Thema in die Sitzungsrunde im Januar, antwortet die Verwaltung.

Nutzung von Regenwasser

Der Bürger erklärt, dass die Stadt Tettanang ein klimapolitisches Leitbild beschlossen hat. Darin sei vieles berücksichtigt worden, aber nicht alles. Der Grundwasserspiegel sinke, man habe eine höhere Waldbrandgefahr, die Moore trocknen aus, usw. Deshalb sollte man die Dachflächen anders machen, nämlich nicht als Regenableitsystem, sondern als Regenauffangsystem. Durch die WC-Spülung gehe viel Trinkwasser verloren. Man müsse Anreize schaffen, das Regenwasser aufzufangen und zu nutzen. Das sei Ressourcenschonung und ein Beitrag zum

Klimaschutz. Er fragt, ob es diesbezüglich Überlegungen gebe, etwas zu unternehmen.

Die Verwaltung bittet darum, diese Fragen schriftlich zu formulieren und bei der Verwaltung einzureichen, da diese sehr umfassend seien. Dies könne man nicht kurz und knapp beantworten und würde den Rahmen der Bürgerfragestunde sprengen.

### Retentionsbecken

Der Bürger fragt, ob es rechtliche Vorgaben gebe, wie groß solche Flächen sein müssen.

Es gebe Vorgaben, aber dies könne man nicht pauschal betrachten, antwortet die Verwaltung. Es komme immer auf den jeweiligen Einzelfall an, der dann entsprechend geprüft werde.

### Budget für Klimaschutz

Der Gemeinderat habe in seinem klimapolitischen Leitbild festgelegt, jährlich 10 € pro Einwohner für Klimaschutzmaßnahmen bereitzustellen, erklärt der Bürger. Er fragt, ob es eine Regelung gibt, für welche Projekte diese Mittel verwendet werden.

Aktuell habe man noch keine Mittel zur Verfügung, antwortet die Verwaltung. Zunächst müsse der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsplanberatung entscheiden, ob diese Mittel im Haushalt eingestellt werden. Falls Mittel zur Verfügung stehen, entscheide der Gemeinderat, für welche Projekte diese verwendet werden.

**Dies wurde zur Kenntnis genommen.**

---

### zu 10 **Mitteilungen und Anfragen**

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung.

#### Anfragen aus dem Gremium:

- Tettnanger Solarstrom GbR

Die Fraktionsgemeinschaft Freie Wähler/FDP und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reichen einen gemeinsamen Antrag ein, wonach der Tettnanger Solarstrom GbR ein Angebot unterbreitet werden soll für eine Direkteinspeisung des Stroms, der mit der Photovoltaikanlage auf dem Montfort-Gymnasium produziert wird.

- Umwidmung Karlstraße/Martin-Luther-Straße

---

Aus der Mitte des Gremiums wird gefragt, was hierzu bisher konkret unternommen worden sei. Er habe diesbezüglich schon einmal nachgefragt und laut Aussage des Tiefbauamts sei der Prozess schon im Gange.

Das Regierungspräsidium komme aufgrund einer personellen Veränderung momentan nicht dazu, den Antrag zu bearbeiten, entgegnet die Verwaltung. Das Regierungspräsidium gehe von einer Umsetzung zum 01.01.2024 aus.

- Lärmschutzwand Ackermanssiedlung

Aus der Mitte des Gremiums wird gefragt, ob es hierzu schon neue Informationen gebe. Er habe diesbezüglich schon einmal nachgefragt.

Laut Aussage des Regierungspräsidiums habe es noch keine konkreten Vorgaben zum Lärmschutz gegeben, als die Umgehungsstraße gebaut wurde, erklärt die Verwaltung. Der Erdaushub sei damals aufgeschüttet worden, ohne irgendein Gutachten. Hierfür sei nun ein ganz konkretes Gutachten notwendig und das Regierungspräsidium gehe davon aus, dass es aus dem Gutachten einen Anspruch auf eine Lärmschutzwand geben wird. Für den Bau einer Lärmschutzwand brauche es eine bauplanungsrechtliche Grundlage. Vielleicht sei dafür ein separates Bebauungsplanverfahren notwendig.

- Entscheidungskompetenz des Technischen Ausschusses

Aus der Mitte des Gremiums wird gefragt, worauf das alleinige Entscheidungsrecht des Technischen Ausschusses im Falle eines städtebaulichen Vertrags beruht. Dieser Vertrag habe ein gewisses Ausmaß für die Stadt und sei keine Lappalie.

Im Zuge der letzten Hauptsatzungsänderung habe man eine Verschlankung vorgenommen und im Bauleitplanverfahren alle Zuständigkeiten auf den Technischen Ausschuss übertragen, antwortet die Verwaltung. Nur der Satzungsbeschluss werde vom Gemeinderat getroffen. Das sei in § 8 der Hauptsatzung geregelt. Den Ausschüssen stehe es jedoch frei, ein Thema an den Gemeinderat zu verweisen.

- Satzung Unterwolfertsweiler

Man habe schon mehrfach über diese Satzung diskutiert und die heutige Aussage gegenüber dem Bürger sei wenig konkret gewesen, wird aus der Mitte des Gremiums erklärt. Der Zeitplan der Satzung sei schon mehrfach verschoben worden und es fehle inzwischen an Glaubwürdigkeit, weil sich die Bürger auf die Aussage nicht verlassen können.

Weil seit längerer Zeit personelle Ressourcen im Stadtplanungsbereich fehlen, habe man die vielen Verfahren priorisieren müssen, entgegnet

---

die Verwaltung. Es gebe noch viele weitere Verfahren, die gerade nicht weiterbearbeitet werden. Die Verwaltung sei dabei, die Liste abzarbeiten.

- Breitbandausbau – Förderstopp Graue-Flecken-Programm

Aus der Mitte des Gremiums wird gefragt, wie es angesichts des Förderstopps nun weiter geht und wieso man so lange gebraucht habe, um den Förderantrag zu stellen.

Man habe zunächst eine Markterkundung durchführen müssen, antwortet die Verwaltung. Die lange Zeit für die Antragserstellung liege nicht an fehlenden Personalressourcen, sondern daran, dass man gewisse Phasen durchlaufen müsse, bevor eine Antragstellung überhaupt möglich ist. Wenn nächstes Jahr wieder ein Förderprogramm kommt, dann könne man den Antrag umgehend einreichen.

- ParTTYbus

Aus der Mitte des Gremiums wird zum Sachstand zum ParTTYbus gefragt.

Die Beauftragte für Jugendbeteiligung arbeite mit Langenargen zusammen, um evtl. Synergien nutzen zu können, antwortet die Verwaltung. Man habe von ihr eine aktuelle Zusammenfassung vorliegen, die man dem Gremium zukommen lassen wird.

- Glasfaserausbau

Aus der Mitte des Gremiums wird bemängelt, dass zwischen den Arbeitsschritten lange nichts passiert und die Anwohner sich deshalb fragen, wie der Sachstand sei.

Man könne gerne Informationen für die Bürgerschaft zusammenstellen, antwortet die Verwaltung. In den Ortschaften habe man Infoveranstaltungen gemacht.

- Veränderungssperre Meistersteig

Das Verfahren werde sich noch länger hinziehen, wird aus der Mitte des Gremiums erklärt. Deshalb sollte man darauf achten, die Veränderungssperre rechtzeitig zu verlängern, bevor sie ausläuft.

**Die Mitteilungen und Anfragen wurden zur Kenntnis genommen.**